

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 4 (1912)  
**Heft:** 7  
  
**Artikel:** Theoretiker und Praktiker  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-349922>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

gen zwischen Partei und Gewerkschaften, der einheitlichen und gemeinsamen Förderung der Bildungsbestrebungen zu widmen.

Leider hat wohl in der Hauptsache die Reorganisation der Partei es verhindert, dass man das Uebereinkommen nicht definitiv abschliessen und dessen Bestimmungen in Wirksamkeit setzen konnte. Andererseits machte sich aber das Bedürfnis nach bessern Leistungen auf dem Gebiet des Bildungswesens immer stärker bemerkbar. Nachdem vor Monatsfrist in der politischen Arbeiterpresse direkt nach Massnahmen zur Besserung der bestehenden Zustände gerufen wurde, entschloss sich das Bundeskomitee, auf eigene Rechnung und Gefahr eine Konferenz einzuberufen, die vorerst dazu dienen sollte, eine Verständigung zwischen Gewerkschaften, Arbeiterunionen und Partei über gemeinsame Förderung des Bildungswesens herbeizuführen.

Diese Konferenz fand am 30. Juni in Biel statt und haben daran ausser den Mitgliedern des Bundeskomitees teilgenommen:

33 Vertreter der Gewerkschaftsverbände, 27 Vertreter von Arbeiterunionen, ferner je 4 Vertreter vom Parteikomitee und von Bildungsausschüssen.

Es war weiter vorgesehen, dass bei dem Anlass auch die *Vorbereitung der Propaganda für die Revision des Fabrikgesetzes* zur Sprache kommen sollte. Genosse *Schlumpf*, Sekretär des Typographenbundes, hatte sich dem Bundeskomitee zur Verfügung gestellt, um über diese ebenfalls äusserst wichtige Angelegenheit zu referieren. Leider reichte die Zeit nicht aus, um auch dieses Traktandum zu behandeln, so dass hierfür eine besondere Gelegenheit zu schaffen sein wird.

Um so ausgiebiger ist dafür über die Bildungsbestrebungen diskutiert worden. Indem seitens des Parteikomitees keine bestimmten Vorschläge eingereicht wurden, blieben nur die Thesen des Bundeskomitees für die materielle Stellungnahme der Konferenz übrig. Da man im Prinzip ohnehin einig war, so hinterliess die Veranstaltung bei einzelnen Teilnehmern den Eindruck, als ob man einseitig nur die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften zu fördern beabsichtige.

Dementsprechend sind auch die seither in der Parteipresse erschienen Berichte über die Bielerkonferenz meist nicht nur recht mager, sondern auch der Tendenz nach stellenweise unrichtig. Wir werden uns deshalb gestatten, in der nächsten Nummer der Rundschau unsere Ausführungen zu veröffentlichen, damit auch die Genossen, die nicht an der Konferenz teilnehmen konnten, über unsere Auffassung in dieser Sache präziser unterrichtet werden. Schliesslich hoffen wir dadurch sowohl Gewerkschafter wie Parteigenossen, die

sich bisher wenig darum interessierten, zur Mitwirkung bei den zukünftigen Bildungsbestrebungen zu gewinnen.



## Theoretiker und Praktiker.

Es ist ein alter Grundsatz, dass Theorie und Praxis sich ergänzen, dass Theoretiker und Praktiker sich gegenseitig in die Hände arbeiten müssen. Theorie und Praxis gehören zusammen, das ist eine Wahrheit, die die Sperlinge von den Dächern pfeifen. Was der Theoretiker in seiner Phantasie erschaut, was er mit seinem Verstande erdacht hat, das soll der Mann der Praxis in die Wirklichkeit umsetzen. Durch dieses Zusammenarbeiten kommt es naturgemäss manchmal zu Reibungen, die erst durch wechselseitiges Aussprechen und Nachgeben aus der Welt geschafft werden können, bis dann endlich das geplante Werk fertig dasteht als das Erzeugnis einer Vermählung zwischen Theorie und Praxis. An und für sich ist die Rivalität zwischen Theoretikern und Praktikern, die wir auf allen Gebieten des menschlichen Lebens beobachten, durchaus kein Unglück, im Gegenteil, *sie ist eher als ein Vorteil zu bezeichnen*, weil sie beide Parteien in Bewegung hält und vor Einseitigkeit schützt. Wäre diese Reibung nicht vorhanden, so läge die Gefahr vor, dass der Theoretiker verknöcherte, in einem lebensfremden Dogmatismus erstarrte und sich in rechthaberischem Fanatismus verbohrt, während der Praktiker der Gefahr ausgesetzt wäre, ein geistloser Automat und gedankenloser Nachahmer zu werden. So aber schult der eine den andern, und beide behalten ihre geistige Regsamkeit: *eine Ueberhebung des einen über den andern oder gar eine Verachtung des einen durch den andern wäre also ein Fehler, der sich schwer rächen würde.*

Der Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis und die Rivalität zwischen Theoretikern und Praktikern zeigt sich nicht nur auf technisch-gewerblichem Gebiete, sondern auch im Gebiete des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. Hier tritt dieser Gegensatz besonders deutlich zutage, und es dürfte von Interesse sein, einige Beispiele zur Erläuterung dieses Themas aus der Fülle des Materials herauszugreifen und daran zu zeigen, wie die Theorie von der Praxis beeinflusst und umgemodelt wird.

Schon im Altertum traten bedeutende Philosophen auf, die den Grundsatz von der Gleichberechtigung aller Menschen aufstellten und die Menschenliebe als die Grundlage des menschlichen Zusammenlebens forderten. Es wird uns auch von Versuchen erzählt, diese schönen Theorien zu verwirklichen, aber all diese Versuche sind in der Praxis gescheitert. Der grösste dieser Ver-



suche, den wir im Christentum finden, ist von weltgeschichtlicher Bedeutung und hat in unwiderlegter Weise dargetan, dass es sehr leicht ist, aus dem Gefühl und der Phantasie heraus eine wunderschöne Theorie aufzustellen, dass es aber sehr schwer, ja ganz unmöglich ist, sie zu verwirklichen, wenn die praktischen Vorbedingungen nicht gegeben sind. Auch die zu Beginn der Neuzeit aufgestellte Theorie von der schrankenlosen Bewegungsfreiheit des einzelnen Menschen konnte vor der Praxis des wirtschaftlichen Lebens nicht standhalten. Es klang ja sehr schön, wenn man von dem freien Arbeiter sprach, der dem Unternehmer als gleichberechtigte Person gegenübertritt und mit ihm einen freien Arbeitsvertrag abschliesst, doch sieht die Sache, wie jedes Kind heute weiss, in Wirklichkeit ganz anders aus.

Ganz besonders im Gebiete des Gewerkschaftswesens beobachten wir nicht selten einen Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis, und wir sehen dann, dass die Theorie durch die Praxis als unrichtig oder nur als bedingt richtig erwiesen wird. Wir kennen alle *die berühmte Theorie von den niedrigen Beiträgen*, die da besagt, dass durch niedrige Beiträge die Arbeiter zur Gewerkschaft herangezogen, durch hohe Beiträge aber von der Gewerkschaft abgezogen würden; es läge also im Interesse der Gewerkschaften, an niedrigen Beiträgen festzuhalten, da jede Beitragserhöhung die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hemme. Diese Theorie, die bei jeder Gelegenheit mit grosser Ueberzeugungstreue wieder ins Feld geführt wird, ist durch die gewerkschaftliche Praxis gründlich widerlegt worden, denn die Erfahrung hat gelehrt, dass hohe Beiträge die Leistungsfähigkeit und damit auch die Anziehungskraft einer Gewerkschaft steigern. *Auch die einstmals viel gehörte Behauptung, dass durch das Unterstützungswesen die Gewerkschaften ihren Kampfcharakter verlören, hat in der Praxis Schiffbruch gelitten, nicht minder auch der Satz, dass durch das Tarifwesen den Gewerkschaften die Hände gebunden und der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erschwert werde.* Zu Beginn der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stellten kapitalistische Theoretiker die Behauptung auf, dass hohe Arbeitslöhne und kurze Arbeitszeiten notwendigerweise die Volkswirtschaft schädigen und Industrie und Gewerbe zugrunde richten müssten, doch hat die Praxis bewiesen, dass gerade das Gegenteil der Fall ist, dass nämlich ein Land mit guten Lohn- und Arbeitsbedingungen wirtschaftlich emporsteigt. Auch die Theorie von der Aussichtslosigkeit der Gewerkschaftsbewegung ist durch die Praxis radikal über den Haufen geworfen worden.

Ein ganz besonders interessantes Beispiel von dem Gegensatz zwischen Theorie und Praxis bie-

tet das in jüngster Zeit mit mehr Leidenschaft als Sachkenntnis erörterte Thema *von der Masse und den Führern*. Die theoretische Seite dieser wichtigen Frage bietet an und für sich keine Schwierigkeit, die praktische Seite dagegen desto mehr. Die Theorie der modernen Demokratie geht davon aus, dass die Massen die Träger des Klassenbewusstseins und die Verkörperung des Klassenkampfgedankens seien und dass sie deshalb diesem Kampfe Ziel und Richtung zu weisen und die anzuwendenden Mittel zu bestimmen haben müssten; die Führer seien nur die Beauftragten der Massen, deren Willen sie auszuführen haben, was die Massen bestimmen, das haben die Führer zu tun. Im Gegensatz zu der frühern Theorie, dass die Führer alles und die Massen gar nichts seien, heisst es heute, dass die Massen alles und die Führer gar nicht bedeuteten. Diese neue Theorie erfuhre bekanntlich in der Praxis eine bedeutende Einschränkung, indem die Masse schlechthin durch den Ausdruck «die organisierte Masse» ersetzt wurde. Diese Einschränkung machte sich um deswillen notwendig, weil die praktische Erfahrung lehrte, dass die unorganisierte Masse infolge ihrer Rückständigkeit im Klassenkampfe völlig versagte und dass sie sich sogar gegen ihre eigenen Klassengenossen missbrauchen liess.

Aber auch in anderer Beziehung bietet die praktische Demokratie grosse Schwierigkeiten, von denen sich die Theoretiker nichts träumen lassen. Zunächst wirft sich hier die Frage auf, *wie weit die Aufklärung und Schulung in den Reihen der organisierten Arbeiter bereits gediehen ist*, um eine Ausschaltung der Führer und ein Alleinbestimmungsrecht der Massen zu rechtfertigen. Diese Frage kann natürlich nur ein erfahrener Praktiker entscheiden, und wenn er nach reiflicher Ueberlegung zu dem Ergebnis kommt, dass es hier noch ganz bedenklich hapert, so verdient er wahrlich mehr Glauben, als wenn ein Theoretiker, der die Arbeiter nur aus der Ferne kennt, zum Zwecke der Massenverhimmelung die Behauptung aufstellt, das Proletariat sei reif und brauche keine Führer mehr. Sodann muss aus der Praxis heraus die Frage beantwortet werden, ein wie grosser Teil der Masse den Willen hat, an der Entscheidung wichtiger Streitpunkte und an der Führung ihrer Geschicke aktiv teilzunehmen. Bisher hat es noch den Anschein, dass nur eine ganz dünne Oberschicht im Proletariat Lust und Zeit hat, ihrer Pflicht in dieser Hinsicht nachzukommen, während die übergrosse Mehrzahl es mit der grössten Gemütsruhe den vielgeschmähten Führern überlässt, ihre Angelegenheiten in Ordnung zu bringen. Nur ein ganz naiver Theoretiker verschliesst sein Auge der unangenehmen Tatsache, dass das Verständnis und das Wollen des Proletariats noch sehr erziehungsbedürftig ist.



Endlich drittens liesse sich auch wohl die Frage aufwerfen, wie es denn in der Praxis gemacht werden soll, dass eine nach Hunderttausenden oder gar Millionen zählende Masse den Führern die nötige Richtung weist. An diesen Schwierigkeiten beissen sich die gewerkschaftlichen Praktiker seit Jahrzehnten die Zähne aus, während die Theoretiker naserümpfend zuschauen.

Und so geht es bei allen Fragen, die Theorie und Praxis berühren. Und darum ist es notwendig, dass die Theoretiker nicht die praktischen Gesichtspunkte ausser acht lassen. Das bedeutet natürlich *keine Unterschätzung der Theorie und keine Ueberschätzung der Praxis*, aber es erschien uns angebracht, einmal die Theoretiker in ihre Schranken zurückzuweisen und ihnen das Goethewort ins Gedächtnis zu rufen: «Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, doch ewig grün des Lebens goldner Baum!» *Brutus.*



## Ein geistiger Konkurrent Sulzer-Zieglers.

Ungefähr zur selben Zeit, als Sulzer-Ziegler in seiner Artikelserie in der zürcherischen Zeitschrift «Wissen und Leben» mit den «geistig nicht mehr normalen — sozialistischen — Theoretikern» abrechnete, seine scharfsinnigen Deduktionen von Stapel liess und klipp und klar nachwies, dass der Kampf gegen das Unternehmertum eine «gedankenlose Nachbeterei des absurden marxistischen Dogmas» sei, das sich überhaupt als ein «dreister Schwindel» entpuppte und alles andere «Phrasen» seien und nichts anderes bedeute, als der «Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen», da erwuchs unserm exaltiertesten Theoretiker in der Person des amerikanischen Milliardärs und weltberühmten Philanthropen, dem «alt» «Sklaventreiber» Andrew Carnegie, ein bedeutungsvoller Konkurrent, mit dessen Ansichten wir den Leser bekannt machen wollen.

In der Dezembernummer 1911 der amerikanischen Zeitschrift «The North American Review» erschien aus der Feder Carnegies ein Aufsatz, der sich «*The industrial Problem*» betitelt, in welchem unser Held auf zirka 7 Seiten sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigte und — sie spielend löste!

Im Gegensatz zu Sulzer zeigt sich Carnegie als «Gentlemen» non plus ultra, denn er gebraucht auch nicht ein Schlagwort, um seine Ansichten gegenüber Gegnern zu bekräftigen. Dies und die fabelhafte Kürze zeichnet letzteren gegen ersteren aus, was immerhin ein — Vorzug ist.

Nun zum «Thema» selbst.

Vorerst einige Erläuterungen. Der erste Teil der Ausführungen Carnegies wendet sich gegen den viel Advokatenfutter abwerfenden Kampf gegen die Trusts, über die am Schlusse noch einiges gesagt werden soll.

Carnegie «löst» das Wirtschaftsproblem und zugleich die soziale Frage, die den zweiten Teil seiner Ausführungen ausmacht.

Im folgenden soll das wesentlichste daraus wiedergegeben werden.

Carnegie wendet sich gegen die Erweiterungen des Sherman-Antitrustgesetzes, um den Auswüchsen der Trusts beizukommen. Dies ist unnütz und hat keinen Zweck, denn diese widerstehen diesem Gesetz.

Grosse Kombinationen erheischen eine Regulierung. Und genau, wie kein Richter bei einem interessierten Fall ein Urteil abgeben darf, so soll auch keinem Produzenten dies erlaubt werden. (!)

Darum muss ein Gesetz für die Schaffung eines Industriegerichts — Industrial Court — eingebracht werden, welches, um den Konsumenten zu schützen, Maximumpreise festsetzen soll. Aehnlich der interstaatlichen Kommission, die die Bahnfrachten festsetzte.

Darob sollte sich niemand fürchten; das ist keine «Revolution» sondern «Evolution», und er preist seinen Vorschlag als «einziges effektives Mittel». Auch die kleinen Produzenten werden sich damit befreunden, denn sie haben das gleiche Interesse.

Das ist keine «destruktive», sondern «konstruktive» Politik.

Carnegie führt verschiedene andere Industriegewaltige an, die ihm in dieser Frage beipflichten, dass die Trusts unter staatliche Aufsicht kämen, einschliesslich Festsetzung der Preise.

Die Schwere des Problems liegt nun in der Festsetzung der Preise, und da gehen seine Gewährsmänner andere Wege.

Bei der Festsetzung der Maximumpreise liegt eben der Hund begraben, sagt mit andern Worten Carnegie.

Und nun zur Arbeiterfrage.

Carnegie weist auf das Vorbildliche (!) des Stahltrusts hin, führt diverse Millionenstiftungen für das Wohl der Arbeiter an, die Heranziehung der Arbeiter zu Aktieninhabern und preist die generöse (?) Behandlung des Stahltrusts in Versicherungsfragen.

Dies sind Zeugnisse für die stetige Annäherung zwischen Kapital und Arbeit.

«Anstatt ein paar Gesellschafter haben wir das zu begründende Ereignis von 100,000 Aktieninhabern, wovon 30,000 Angestellte sind.» (Stahltrust.) Würde Carnegie nochmals ins geschäftliche Leben treten, sein erstes wäre, viele tausend Arbeiter als Aktienfreunde zu gewinnen.

Auch die «Hawester Company» — Landwirtschaftstrust — tut das gleiche wie der Stahltrust.

«Kapital, Arbeit und Tüchtigkeit werden einen dreibeinigen Stuhl konstituieren: jedes Mitglied unentbehrlich. Nicht erstens, zweitens, drittens, sondern alle gleich.» Das heutige gerichtliche Eingreifen gegen die Trusts ist hemmend und ohne Vorteil. «Alles, was wir brauchen, ist das Industriegericht, welches die Preise festsetzt.»

«Nicht länger monopolistische Preise für den Produzenten, angemessene Preise für den Konsumenten und bessere Freundschaft, viel mehr Verwandtschaft mit der Arbeiterschaft als jemals zuvor.» Dieser Weg zwischen Kapital und Arbeit, Arbeiter und Aktieninhaber ist somit seiner Schwere enthoben, und gegenüber einer koalitierten Vereinigung kommt keine Gewerkschaft auf, denn sie ist überflüssig.

«Lass uns, Kapital und Arbeit, in dasselbe Boot steigen, zusammen rudern, und uns allen wird wohl sein.»

Carnegie, der Gründer des Stahltrusts, ein moderner Raubritter, dessen Werke nach liberalster Schätzung 80 Millionen Dollars repräsentierten, verlangte und erhielt 420 Millionen.

Dieser «arme» Mann, der nach statistischen Aufnahmen bereits 215 Millionen Dollars verschenkt haben soll, hat nur noch 125 Millionen zu verzehren.

Jetzt, zirka 74 Jahre alt, stand und steht er noch heute mit der Wahrheit auf gespanntem Fusse und wurde nicht lange zurück als Heuchler und Lügner entlarvt.

Die «entsetzlichen Zustände», wie selbst Bundesarbeitskommissär Nail mit Bezug auf die Stahltrustwerke zugeben musste, veranlassten eine Untersuchung seitens des Bundes. Das Stanley-Komitee, von der Regierung eingesetzt, verhörte auch Carnegie in Washington am 13. Januar d. J., und dort hatte dieser die Stirne, zu er-